

Inhaltsverzeichnis

1. Institute for European Affairs	
2. Otmar Issing	
3. Goldman Sachs	
4. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	

Institute for European Affairs

Institute for European Affairs (INEA)

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Beratungs- und Lobbytätigkeit
Gründungsdatum	1995
Hauptsitz	Düsseldorf
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Brüssel
Webadresse	inea-online.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Niederlassungen	3
3 Organisationsstruktur und Personal	3
3.1 Vorstand	3
3.2 Leiter der Repräsentanz in Brüssel	4
3.3 Führungskreis	4
3.4 Verbindungen	4
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
5 Einzelnachweise	5

Kurzdarstellung und Geschichte

Das **Institute for European Affairs** e.V. (INEA) mit Sitz in Düsseldorf ist eine europaweit - mit Schwerpunkt Osteuropa - tätige Beratungs- und Lobbyorganisation. Sie ist eng mit dem **Baltic Sea Forum** verflochten, mit dem sie im Ostseeraum kooperiert. Führende Mitarbeiter des INEA waren früher in die Aktivitäten der Sicherheitsfirma Prevent involviert.

Auf der Webseite des **Baltic Sea Forum** beschreibt sich das Institut wie folgt:

"Das Institute for European Affairs - INEA - ist eine ideelle, seit 1995 bestehende Einrichtung, die auf verschiedene (weitgehend auch nicht öffentliche) Weise tätig wird, um einerseits eine größere europäische Annäherung und eine größere Vertrautheit von Führungspersonlichkeiten untereinander zu erreichen und andererseits sich abzeichnende oder bereits eingetretene Probleme und Spannungen zwischen europäischen Partnern vermeiden zu helfen oder zu entschärfen. Daneben bemüht sich das Institut um Brückenschläge zwischen Wirtschaftsunternehmen der verschiedensten europäischen Staaten zu Regierungen und Unternehmen der jeweils anderen europäischen Staaten".^[1]

Vorstandsvorsitzender der INEA ist Jürgen Gramke, Mitbegründer der Sicherheitsfirma Prevent AG, die 2010 insolvent wurde. Er ist Rechtsanwalt bei der Kanzlei AGS Legal, die auf ihrer Webseite ihre Tätigkeit wie folgt beschreibt^[2]: "Als Spezialkanzlei für Konfliktlösung und Prozessführung...wissen wir, dass die wahre Kunst darin besteht, seinen Gegner kampflos zu besiegen. Aber wenn die Diplomatie versagt, finden wir auch einen anderen Weg. Auseinandersetzungen und schwierige Fälle schrecken uns nicht ab. Sie sind unsere Stärke".

Niederlassungen

Die EU-Repräsentanz in Brüssel besteht seit 2000 und ist darauf spezialisiert, Fachbegleitung in sämtlichen EU-Angelegenheiten (Europäische Kommission, Europäisches Parlament) zu bieten. Die Beratung erstreckt sich auf eine Vielzahl europäischer und nationaler wettbewerbsrechtlicher Fragen (Kartelle, Fusionskontrolle, Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, Compliance-Programme) inkl. Antidumping. Dabei arbeitet das Institut mit dem Partner **Beiten Bukhardt** zusammen. Zur Reputation des INEA zählt zum Beispiel die erfolgreiche Änderung von EU-Recht, sog. EU-Legal-Lobbying.

Das Außeninstitut in Ljubljana/Slowenien ist für Südosteuropa (Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, FYR Mazedonien, Georgien, Griechenland, Kroatien, Moldawien, Montenegro, Region Kosovo, Rumänien, Russland, Serbien, Slowenien und Ukraine) zuständig.

Organisationsstruktur und Personal

Der Sitz von INEA ist Düsseldorf. Das Institut hat für Südosteuropa ein eigenes Außeninstitut mit Sitz in Ljubljana/Slowenien eingerichtet und unterhält neben dem EU-Verbindungsbüro in Brüssel Repräsentanzen in verschiedenen Ländern Europas.

Vorstand

- Jürgen Gramke (Vorsitzender)
 - Rechtsanwalt bei Acker Görling Schmalz Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft (AGS Legal) in Frankfurt
 - Ehren- und Kuratoriumsvorsitzender des **Baltic Sea Forum**
 - ehem. Minister für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt (SPD)
 - Mitbegründer und ehemaliger Aufsichtsrat der umstrittenen Sicherheitsfirma Prevent AG^[3]
- **Kurt Bodewig**, SPD-Politiker, ehemaliger Bundesverkehrsminister
 - Vorstandsvorsitzender des **Baltic Sea Forum**
 - Vorsitzender des Kuratoriums des Deutsch-Litauischen Forums
 - Vizepräsident des Deutschen Verkehrssicherheitsrates e.V.
 - seit 2013 Vorsitzender der Kommission "Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung" der Verkehrsministerkonferenz
 - seit 2006 Maritimer Botschafter der EU-Kommission
 - Europäischer Koordinator für die Trans Europäischen Verkehrsnetze (TEN)
 - Mitglied im Supervisory Board der **Global Panel Foundation**
- Jürgen Jülich
- Meglena Plugtschieva
 - bulgarische Botschafterin a.D.
 - Stellv. Vorsitzende des Deutsch-Bulgarischen Forums

- Eero Rantala
 - ehem. Staatsminister, Finnland
 - Stellv. Vorstandsvorsitzender des **Baltic Sea Forum**

Leiter der Repräsentanz in Brüssel

- Dietmar O. Reich, Partner bei **Beiten Bukhardt**

Führungskreis

Der Führungskreis des Instituts besteht aus ehemaligen hochrangigen Vertretern von Regierungen und Institutionen, deren Kontakte und Reputation für das Institut von Bedeutung sind. Die Mitglieder des Führungskreises initiieren Konferenzen, Botschafterforen und Gesprächskreise, beraten über die Themen zukünftiger Veranstaltungen und geben inhaltliche Impulse. Zum Führungskreis gehören:

- Dora Bakoyannis (Griechenland), Außenministerin a. D., ehem. Oberbürgermeisterin (Athen)
- Erhard Busek (Österreich), Vizkanzler a.D., EU-Stabilitätskoordinator Südosteuropa
- Bjørn Tore Godal (Norwegen), Botschafter, Außenminister a. D. des Königreichs Norwegen
- Jürgen Gramke (Deutschland), Staatsminister a. D., Vorstandsvorsitzender des Institute for European Affairs
- Alfred Gusenbauer (Österreich), Bundeskanzler a. D.
- August Hanning (Deutschland), Staatssekretär a. D., ehem. Präsident des Bundesnachrichtendienstes, ehem. Vorsitzender des Beirats der Sicherheitsfirma Prevent AG^[4]
- **Otmar Issing** (Deutschland), ehemaliges Direktoriumsmitglied **Europäische Zentralbank**, "International Advisor" **Goldman Sachs**, Botschafter **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**
- Egils Levits (Lettland), Mitglied des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften
- Eero Rantala (Finnland), Staatsminister a. D.
- Janusz Reiter (Polen), Botschafter a. D.
- Jacques Santer (Luxemburg), Staatsminister a. D., Präsident der EU-Kommission a. D.
- Simeon Saxe-Coburg-Gotha (Bulgarien), Ministerpräsident a. D.
- Rudolf Schuster (Slowakei), Staatspräsident a. D.
- Ivo Vaigl (Slowenien), MEP, Außenminister a. D.
- Willem F. van Eekelen, (Niederlande), Verteidigungsminister a. D., Generalsekretär der WEU a. D.
- Mesut Yilmaz (Türkei), MP, Ministerpräsident a. D., ehemaliger Gesellschafter der Sicherheitsfirma Prevent AG.^[5]

Verbindungen

- **Baltic Sea Forum**: Mitgliedschaft und personelle Verflechtungen mit dessen Vorstand und Kuratorium
- **Beiten Bukhardt**: Zusammenarbeit in sämtlichen EU-Angelegenheiten (EU-Kommission, Europäisches Parlament) bei wettbewerbsrechtlichen Fragen einschließlich EU-Legal-Lobbying. Der **Beiten Bukhardt**-Partner Dietmar O. Reich ist Special Advisor und EU-Repräsentant in Brüssel für das **Baltic Sea Forum** und das INEA.^{[6][7]}
- Acker Görling Schmalz Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft: Bei ihr ist der Vorstandsvorsitzende Jürgen Gramke als Anwalt tätig
- Sicherheitsfirma Prevent AG: Ehemalige Gesellschafter und Beiratsmitglieder sind in Führungspositionen der INEA

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Baltic Sea Forum Mitglieder](#), Webseite abgerufen am 16. 03. 2015
2. ↑ [Unsere Kanzlei](#), Webseite abgerufen am 17. 03. 2015
3. ↑ [Kristina Läscher und Klaus Ott: Dubios statt diskret Sicherheitsfirma Prevent](#), Süddeutsche Zeitung vom 8. Februar 2011, Webseite abgerufen am 16. 03. 2015
4. ↑ [Oliver Stock und Thomas Sigm: August Hanning Job mit Nebenwirkungen](#), Handelsblatt vom 6. September 2010, Webseite abgerufen am 18. 03. 2015
5. ↑ [Sicherheitsfirma Prevent meldet Insolvenz an](#), Hamburger Abendblatt vom 13. Dezember 2010, Webseite abgerufen am 17. 03. 2015
6. ↑ [Profil Webseite Beiten Burkhard](#), Webseite abgerufen am 18. 03. 2015
7. ↑ [Standorte, INEA - Repräsentanz in Brüssel](#), Webseite INEA, abgerufen am 18. 03. 2015

Otmar Issing

Seitenwechsel



- [Seitenwechselfabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Otmar Issing (* 27. März 1936 in Würzburg). Als Führungsperson in der **Deutschen Bundesbank** und der **Europäischen Zentralbank** war Issing eine zentrale Figur der deutschen Geld- und Wirtschaftspolitik. Er galt als einer der führenden Vertreter der Theorierichtung des **Monetarismus** in Deutschland. Issing ist Präsident des **Center for Financial Studies** (CFS) sowie Kuratoriumsvorsitzender der von Banken und Versicherungen dominierten **Gesellschaft für Kapitalmarktforschung** (GfK), der Trägerorganisation des CFS.

Aus lobbykritischer Sicht ist Issings Seitenwechsel im Jahr 2007 von der **EZB** zu **Goldman Sachs** höchst problematisch. Hier läuft ein Top-Manager einer der wichtigsten Regulierungsbehörden zu einer der wichtigsten Banken der Welt über.

Kanzlerin **Angela Merkel** berief den Goldman Sachs-Berater im Oktober 2008 zum Vorsitzenden der **Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur**^[1].

Seit April 2013 ist Otmar Issing als Botschafter für die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** tätig.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	6
2 Verbindungen	6
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
4 Einzelnachweise	7

Karriere

- seit 10/2008 Vorsitzender der bis 2012 tätigen **Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur**
- 2008-2009 Mitglied der **De Larosière Kommission**
- seit 2007 Vorsitzender des Kuratoriums des **House of Finance**, Universität Frankfurt
- seit 01/2007 „International Advisor“ der Investmentbank **Goldman Sachs**
- seit 2006 Mitglied des Kuratoriums der **Gesellschaft für Kapitalmarktforschung**
- seit 06/2006 Präsident des **Center for Financial Studies** (CFS) an der Goethe-Universität Frankfurt/Main
- 1998-05/2006 Mitglied im Direktorium und Chefökonom der **Europäischen Zentralbank** (EZB)
- 1990-1998 Mitglied des Direktoriums und Chefvolkswirt des Zentralbankrates der **Deutschen Bundesbank**
- 1988-1990 Mitglied des **Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**
- 1973-1990 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg
- 1967-1973 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg

Quelle:^{[2][3]}

Verbindungen

- Botschafter der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM)
- Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der **Friedrich August von Hayek Stiftung**
- Mitglied des Unternehmensbeirat von **Deloitte**
- Mitglied des Führungskreises des **Institute for European Affairs** (INEA)
- Mitglied des Beirats der **Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft**
- Mitglied des **Walter Eucken Institut**
- Mitglied des Council for the Future of Europe des **Nicolas Berggruen Institute**

- Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Mitglied der [Euro 50 Group](#)
- bis 2018 Mitglied des Aufsichtsrat der Nürnberger Lebensversicherung AG und der Fürst Fugger Privatbank
- 1987-1990 Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

Quellen: ^[4]^[5]

Stand: März 2019

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Kanzlerin beruft Issings Expertengruppe](#) Spiegel-Online 28. Oktober 2008, abgerufen am 14. Mai 2010
2. ↑ [Lebenslauf Issings](#) Stiftung Marktwirtschaft abgerufen am 22.05.2014
3. ↑ [CFS: Wir über uns](#) abgerufen am 24.05.2016
4. ↑ [Präsident des CFS](#), ifk-cfs.de, abgerufen am 22.03.2019
5. ↑ Webseiten der genannten Organisationen

Goldman Sachs

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Goldman Sachs ist ein Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen und nimmt im internationalen Finanzsektor eine herausragende Stellung ein. Es gilt als eines der mächtigsten und am besten vernetzten Unternehmen der Branche. Goldman Sachs ist hauptsächlich als Finanzdienstleister für Großunternehmen und institutionelle Investoren tätig.

Goldman Sachs

Branche	Finanzen
Hauptsitz	New York, In Deutschland: MesseTurm, Friedrich-Ebert-Anlage 49, Frankfurt/Main
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	goldmansachs.com

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	8
1.1	Ausgaben für Lobbying	8
1.2	2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium	8
1.3	Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel	9
1.4	Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk	9
1.5	Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft	10
1.6	Vorgehensweise gegen strikere Regulierung des Derivatemarktes	10
2	2010: Negativ-Preis für Lobbying	10
3	Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise	11
3.1	Verkauf von Depfa und Conti	11
3.2	Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit	11
3.3	2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen .	11
3.4	John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus	12
3.5	Strafen wegen Falschberatung in USA	12
3.6	Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung	12
4	Geschichte	13
5	Geschäftsfelder	13
5.1	Übernahmen und Fusionen	13
5.2	Immobilien	13
6	Organisationsstruktur und Personal	14
6.1	Unternehmensleitung	14
6.2	Partner	14
6.3	International Advisory Board	14
7	Zitate über Goldman Sachs	15
8	Weitere Informationen	15
9	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
10	Einzelnachweise	15

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Ausgaben für Lobbying

Laut EU-Transparenzregister lagen die Ausgaben für die von 2 Vollzeitäquivalenten erbrachte EU-Lobbyarbeit im Jahr 2018 zwischen 1-1,3 Mio. Euro.^[1]

2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

Jörg Kukies, ehem. Co-Deutschland-Chef von Goldman Sachs, ist seit April 2018 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und ist dort für Fragen der Finanzmarktregulierung zuständig. Gerhard Schick, Finanzexperte der Grünen warnte: „Das Finanzministerium darf nicht zum House of Banks verkommen.“^[2]

Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel

Der frühere Deutschland-Chef von Goldman Sachs **Alexander Dibelius** nahm „*schon früh Kontakt zu CDU-Parteichefin Angela Merkel auf, lange vor ihrer Nominierung als Kanzlerkandidatin. Für sie arrangierte er mehrere Dinner mit Unternehmens-chefs ... Immer wieder steht er der Kanzlerin bei Fragen zur Verfügung*“, berichtet das Wirtschaftsmagazin capital. ^[3]

Im Krisenjahr 2008 machte **Angela Merkel** den Goldman-Berater **Otmar Issing** zum Vorsitzenden der Kommission **Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur**.^[4]

Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Goldman Sachs gilt als Paradebeispiel für das **Seitenwechsler-Phänomen**. Das Unternehmen hat zahlreiche ehemalige Entscheidungsträger als Berater angeworben, zugleich wechseln immer wieder Mitarbeiter in Regierungs- oder Aufsichtsposten. Der SPIEGEL beschrieb das Netzwerk als "Gemeinschaft, die zusammenhält, auch wenn der eine geht, der andere kommt. Über Jahrzehnte trifft man sich irgendwann irgendwo immer wieder. Man verdient gutes Geld, hat beste Karrierechancen [...]" und gab einen Überblick über das System.^[5]

- EUROPA
- **José Manuel Barroso**: Nach zehn Jahren als EU-Kommissionspräsident schied Barroso zum 31. Oktober 2014 aus der EU-Kommission aus. Im Juli 2016 kündigte er seinen Wechsel zu Goldman Sachs International in London an.^[6] Das Ethik-Komitee der EU-Kommission gab grünes Licht für den Seitenwechsel, nachdem Barroso zugesagt hatte, keine Lobbyarbeit für Goldman Sachs zu betreiben.^[7] Im Oktober 2017 gab es dann doch ein Lobbytreffen zwischen Barroso und EU-Kommissar Jyrki Katainen.
- **Mario Draghi**, von 2011 bis 2019 Präsident der **Europäischen Zentralbank**, war von 2002-2005 stellvertretender Vorsitzender und Managing Director von Goldman Sachs International.
- **Mario Monti**, Regierungschef Italiens von 2011 bis 2013, EU-Kommissar von 1995-2004, wird als Berater von Goldman Sachs („Board of International Advisors“) in dessen Jahresbericht 2010 geführt.^[8]
- **Romano Prodi**, ehem. italienischer Ministerpräsident und EU-Kommissionspräsident, war von 03/1990-05/1993 bei Goldman. Wenn Prodi kein öffentliches Amt bekleidet, arbeitet er als Berater für Goldman Sachs.^[9]
- **Otmar Issing**, seit 2007 „International Advisor“ von Goldman Sachs, ist ehem. Direktoriumsmitglied der EZB und ehem. Chefvolkswirt der **Deutschen Bundesbank**.

- **Peter Sutherland**, bis 1989 EU-Kommissar (u. a. für Wettbewerb) und bis 1995 GATT-Generaldirektor, ist seit 1995 Vorstandsmitglied von Goldman Sachs International.^[10]
- USA
- **Gary Cohn**, Präsident & Chief Operating Officer bei Goldman Sachs, war von 2017-03/2018 Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats^[11]
- **Stephen Mnuchin** war für Goldman Sachs tätig und wurde unter Präsident Donald Trump Finanzminister der USA.
- **Philip D. Murphy**, ehemalige Goldman Sachs Senior Director, wurde 2009 zum Botschafter der USA in Deutschland ernannt.
- **Henry Paulson**, US-Finanzminister unter **George W. Bush**. In Paulsons Amtszeit fielen einige wichtigsten Banken-Rettungsmaßnahmen der USA, ehemaliger Aufsichtsratschef (CEO) von Goldman Sachs.
- **Robert Rubin**, US-Finanzminister unter **Bill Clinton**, langjähriges Aufsichtsratsmitglied von Goldman Sachs.
- **Robert Zoellick** ist seit 2013 Vorsitzender des International Advisory Board von Goldman Sachs. Zuvor war er Präsident der Weltbank, United States Trade Representative (2001-2005), Deputy Secretary of State (2005-2006). Zoellick war in den 1990ern erst Goldman Sachs-Berater, später leitender Angestellter.^{[12][13]}

Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft

- [European Parliamentary Financial Services Forum](#), Mitglied
- [Group of Thirty](#), Mitarbeiter und Berater von Goldman Sachs sind Mitglieder

Vorgehensweise gegen striktere Regulierung des Derivatemarktes

Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Derivateverband ISDA setzte sich Goldman Sachs aggressiv und mit Erfolg gegen geplante Regulierungen des risikoreichen Derivatemarktes ein. Regulierungen waren notwendig geworden, da Derivate bereits in der Finanzkrise 2008 weltweite wirtschaftliche Instabilität und Arbeitsplatzverluste verursachten sowie 2008 Mitverursacher der Lebensmittelkrise und der Eurokrise 2010 waren.

Als erfolgreichste Investmentbank im ISDA warnte Goldman Sachs davor, dass striktere Regulierungen die Bank dazu bringen würden, sich aus Europa zurückzuziehen.^[14] Weiterhin setzte der ISDA die EU massiv unter Druck, um die Bildung einer Expertengruppe für Derivate zu bilden. Diese bestand dann fast ausschließlich aus Mitgliedern des ISDA - darunter auch Goldman Sachs.^[15] Die Bank platzierte sich außerdem in nahezu allen Beratergruppen der Kommission, die sich mit der Finanzmarktregulierung nach der Weltwirtschaftskrise befassten.^[16]

2010: Negativ-Preis für Lobbying

Goldman Sachs wurde am 2. Dezember 2010 mit dem Negativ-Preis **Worst EU Lobby Award** von einem Zusammenschluss lobbykritischer Organisationen ausgezeichnet.^[17]

Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise

Goldman Sachs-Chef **Lloyd C. Blankfein** soll in einer internen E-Mail an Mitarbeiter laut Kölner Stadt-Anzeiger geäußert haben, in der **Welt-Finanzkrise** „haben wir mehr verdient, als wir verloren haben“. ^[18]

Verkauf von Depfa und Conti

Nach Informationen von Werner Rügemer hat Goldman Sachs folgende Geschäfte vermittelt und über Provisionen davon profitiert:

- Verkauf der **Depfa** an die **Hypo Real Estate** - woraus mit zeitlicher Verzögerung der (angebliche) Beinahe-Zusammenbruch des deutschen Bankensystem erfolgt sein soll
- Der Reifen-Hersteller **Schäffler** übernimmt den Konkurrenten **Conti** (Provision: 15 Mio.Euro) - Schäffler geht an dem Deal beinahe bankrott. ^[3]

Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit

Im Oktober 2010 musste sich Goldman Sachs gegen Anschuldigungen der **Landesbank Baden-Württemberg** wehren, die sich durch die **Verbriefung Davis Square VI**. ^[19] geschädigt sah. Goldman Sachs hatte diese Papiere strukturiert, verkauft und verwaltet. Sie waren mit einem **Triple-A-Rating** bewertet worden. ^[20] und von der Landesbank-Tochter **LBBW Luxemburg** im März 2006 erworben worden. Die Landesbank forderte von Goldman Sachs 37 Millionen US-Dollar für erlittene Verluste. *"Goldman wusste auf höchster Organisationsebene, dass die Darstellung, die Papiere wären mit Triple-A bewertet und hochklassig, offensichtlich falsch waren. Goldman hat Betrug begangen, und, oder, handelte fahrlässig, indem es die Papiere an die LBBW Luxemburg vermarktete und verkaufte."*

Darüberhinaus verklagte die LBBW den Investment-Ratgeber **TCW Group**. Bei deren Besitzer **Societe Generale** hatte Goldman Sachs, so der Vorwurf, sich mit Kreditausfallwetten gegen den Ausfall von Davis Square VI und anderen CDOs eingedeckt. TCW und Goldman Sachs wiesen diese Vorwürfe umgehend zurück ^{[21][22]}

Die Fall Landesbank Baden-Württemberg vs. Goldman Sachs hat das Aktenzeichen 10-7549 und wird am U. S. District Court, Southern District of New York (Manhattan) verhandelt. ^[21]

2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen

Am 16.04.2010 reichte die US-Bankenaufsicht **SEC** eine Beschwerde gegen Goldman Sachs wegen Betrugs ein. Die Bank soll verschwiegen haben, dass ein Hedge-Fonds an der Konstruktion eines "modernen Finanzprodukts" namens Abacus 2007-AC1 beteiligt war, der zudem auf den Wertverfall des Derivats wettete. Die Abacus-Papiere, die ein komplexes Derivat aus US-Hypotheken waren, stellten sich als mutmaßliche Schrott-Produkte heraus. ^[23] Als eine der leidtragenden Banken galt die Düsseldorfer **IKB**. Mitte Juli 2010 kamen die SEC und Goldman Sachs zu einem Vergleich: Die Ermittlungen wurden gegen die Zahlung von 550 Millionen Dollar eingestellt, einen Teil davon erhielt die Düsseldorfer **IKB**. ^[24]

John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus

Das Abacus-Papier wurde von einem Hedge-Fonds zusammengestellt, den einer der bestverdienenden Männer der Wall-Street leitete: **John Paulson**. Die Zeit schrieb über das Geschäftsgebahren von **Paulson & Co.** :

„Der Logik der SEC-Anklage folgend hat Paulson das ganze Paket so zusammengeschnürt, dass es von Anfang besonders viele faule Hypotheken enthielt. Schließlich wettete er auf einen Wertverlust. Das ist ungefähr so, als würde bei der Nationalmannschaft der Trainer der gegnerischen Mannschaft die Aufstellung festlegen. Paulson hat Goldman Sachs 15 Millionen Dollar dafür gezahlt, dass sein Hedgefonds dieses Produkt konstruieren durfte.“

„Paulsons Wetten gegen Abacus funktionierte so: Paulson kaufte eine Art Ausfallversicherung für Kredite, die für den Kauf von Häusern aufgenommen waren. Platze ein Kredit, kassierte Paulson die Prämie, ohne etwas mit dem eigentlichen Kredit zu tun zu haben. Ähnlich jemandem, der eine Brandschutzversicherung für das Haus seines Nachbarn aufnimmt - brennt es, kassiert er.“^[25]

Strafen wegen Falschberatung in USA

Goldman Sachs soll auf Druck der New Yorker Staatsanwaltschaft seit 2003 mindestens 22,5 Millionen Dollar an Strafzahlungen geleistet haben, weil sie Kunden beim Verkauf von Finanzprodukten wie "Auktionsanleihen" falsch beraten haben soll.^[26]

Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung

In den USA gab es vermehrte Skepsis, warum die US-Regierung den Goldman-Konkurrenten **Lehman Brothers** kollabieren ließ, während die **American International Group (AIG)** mit einer in der Geschichte des Kapitalismus einmaligen Summe gerettet wurde. Goldman Sachs war einer der größten Gläubiger des Versicherungskonzerns.

Von den \$182.5 Milliarden an Steuergeldern zur Rettung der **AIG**^[27], flossen \$12.9 Milliarden direkt an Goldman Sachs, bei denen AIG Verbindlichkeiten hatte. Insgesamt gingen \$90 Milliarden der AIG-Rettungsgelder direkt an andere Banken, darunter neben Goldman auch die französische **Societe Generale** mit \$11.9 Milliarden, die **Deutsche Bank** mit \$11.8 Milliarden und die britische **Barclays PLC** mit \$8.5 Mrd.. Die us-amerikanische **Merrill Lynch** erhielt \$6.8 Mrd.^[28]

Informationen der New York Times zufolge war der US-Finanzminister und ehemalige Goldman Sachs Aufsichtsratsvorsitzende **Hank Paulson** während des Höhepunktes der **Welt-Finanzkrise** "in sehr häufigem Kontakt" mit **Lloyd C. Blankfein**, Goldmans damaligem Aufsichtsratsvorsitzenden. In der Woche als der Versicherer AIG durch Regierungsgelder gerettet wurde, sprach Paulson laut seiner Kalender-Einträge zwei Dutzend Male mit Blankfein, weitaus öfter als mit anderen Wall Street Managern.^[29]

Am 18. Oktober 2008 erhielt Goldman Sachs \$10 Milliarden Rettungsgelder von der US-Regierung^{[30][31][32]} und gehörte somit zu den sechs großen US-Banken, die staatliche Stützungen aus dem **TARP-Programm** erhielten, das eine **Kreditklemme** verhindern sollte.

Goldman zahlte die \$10 Milliarden TARP-Gelder im Juni 2009 zurück.^[33] Rechnet man allein die AIG-Gelder dagegen, hätte Goldman netto \$2,9 Milliarden an Staatsgeldern eingestrichen.

Geschichte

Im Jahr 1975 erließ die US-amerikanische Börsenaufsicht **Securities and Exchange Commission** (SEC) die Regel, dass Investment-Banken einen Fremdfinanzierungsgrad (leverage ratio) von nicht weniger als 1 zu 15 aufweisen dürfe. D.h. mit 100 \$ Eigenkapital durfte man 1.500 \$ Fremdkapital aufnehmen. Im Jahr 2004 autorisierte die SEC unter dem Vorsitz von **Christopher Cox** fünf Investmentbanken, ihre eigenen Eigenkapitalregeln zu entwickeln. Voran gegangen war intensives Lobbying von Goldman Sachs. Besagte fünf Banken waren **Goldman Sachs**, **Morgan Stanley**, **Lehman Brothers**, **Bear Stearns** und **Merrill Lynch**. Durch die Lockerung der Regulierung konnten die fünf ihre Eigenkapitalquote z.T. auf 1 zu 40 senken.^[34] Das geringe Eigenkapital im Verhältnis zu aufgenommenen Krediten beschleunigte den Weg in die **Welt-Finanzkrise**, da die Institute kaum Möglichkeiten hatten, jene Verluste auszugleichen, die aus geplatzten Risiko-Wetten wie **CDO** und **CDS** resultierten.^{[35][36]}

Lee A. Pickard, 1975 Direktor der SEC-Abteilung für Markt-Regulierung während die 1-zu-15-Regel erlassen wurde, sagte zu dem Umschwung von 2004, „*Die SEC Änderung von 2004 ist der Hauptgrund für alle aufgetretenen Verluste.*“^[37]

Im Jahr 2008 hatte Goldman Sachs sich in eine Bank-Holding umgewandelt und sich der Kontrolle der **Federal Reserve Bank** (die US-amerikanische Notenbank) unterworfen. Ihr Anlagevermögen wurde damals auf 150 Mrd. US-Dollar geschätzt.^[38]

Geschäftsfelder

Übernahmen und Fusionen

Goldman Sachs ist als eine weltweit führende Investmentbank an vorderster Stelle mit der Einfädelung von Übernahmen und Fusionen befasst. Das Unternehmen soll u.a. folgende Deals begleitet haben:

- **Daimler-Benz** übernimmt **Chrysler**
- **Vodafone** übernimmt **Mannesmann**
- **Bayer** übernimmt **Monsanto**

Quellen:^{[3][39]}

Immobilien

Über die Tochtergesellschaften **Whithall** und **Highstreet** kaufte Goldman Sachs in Nordrhein-Westfalen 950.000 Wohnungen der **Landesentwicklungsgesellschaft** (LEG). In Berlin erwarb die Bank 75.000 Wohnungen der Wohnungsgesellschaft **GSW**.^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Unternehmensleitung

Chairman und Chief Executive Officer der Goldman Sachs, Inc., ist **David D. Solomon**

Im Januar 2019 ist die Goldman Sachs AG in die Goldman Sachs Bank Europe SE übergegangen.^[40]
Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs Deutschland und Österreich ist Wolfgang Fink (Stand: April 2020).

Quelle: ^[41]

Partner

2015 gab es weltweit 467 Goldman-Partner.^[42] Deutsche Partner sind^[43]

- **Alexander Dibelius** (bis 2014 Deutschland-Chef)
- **Jörg Kukies** (2014-03/2018 Deutschland-Chef, danach Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen)
- Wolfgang Fink (seit 04/2018 Deutschland-Chef)
- Tobias Koester (wird 01/2019 Partner)

International Advisory Board

Mitglieder sind ^[44] (Stand: März 2015)

- **Robert B. Zoellick** (Vorsitzender), ehemaliger Präsident der Weltbank^[45]
- Claudio Aguirre
- José Luis Arnaut, portugiesischer Politiker und Gründungspartner der Anwaltssozietät CMS-Rui Pena, Arnaut & Associados^[46]
- Christof Brand
- Efthymios Christodoulou
- Juan Claro González
- Charles de Croisset
- Charles Curran, A.C.
- **Guillermo de la Dehesa**, Third vice-chairman und non-executive director der Banco Santander, Chairman of the Trustees des **Centre of Economic Policy Research** (CEPR), Mitglied der **Euro 50 Group**^[47]
- **Vladimir Dlouhy**, Präsident der tschechischen Handelskammer und Stellv. Vorsitzender **Trilaterale Kommission** ^[48]
- Walter W. Driver, Jr.
- Orit Freedman Weissman
- Lord Griffiths of Fforestfach, Mitglied des britischen Oberhauses und Mitglied des Verwaltungsrats von Times Newspapers Holding, Ltd., ehemaliger Berater von Margaret Thatcher^[49]
- Victor Halberstadt, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Leiden Universität/Niederlande, ehemaliger Vorsitzender des International Advisory Board von DaimlerChrysler und Berater des Generalsekretärs der OECD^[50]

- [Otmar Issing](#), Präsident des [Center for Financial Studies](#) (CFS), ehemaliges Mitglied des Zentralbankrats [Europäische Zentralbank](#) (EZB)^[51]
- Roberto Junguito
- Mario Laborín Gómez
- Ian Macfarlane, A.C.
- Axel May
- Tito T. Mboweni

Zitate über Goldman Sachs

Der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Münchau schrieb 2010 in der Financial Times:

„Goldman ist zunächst sehr groß und mächtig. Wo auch immer größere Geldsummen von einem Ort zum anderen geschoben werden, ist die amerikanische Investmentbank dabei. Als Griechenland sein Defizit mittels schwer zu durchschauender Währungs-Swap-Kontrakte reduzierte, spielte Goldman Sachs die Rolle des Animateurs. Die Bank ist omnipräsent. Sie verfügt über dermaßen viel legales Insiderwissen, dass sie als Investor einen natürlichen Vorteil hat, ohne irgendein Gesetz brechen zu müssen.“^[52]

Weitere Informationen

- [Goldman Sachs bei Sourcewatch](#) (englisch) - erstklassige Informationen!
- [Goldman Sachs bei opensecrets.org](#) - In den Datenbanken des Center for Responsive Politics werden die Informationen aus dem US-Lobbyregister ausgewertet.
- [Goldman Sachs - Übersicht der New York Times](#) (englisch)
- [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs, 7/10 /2013 Occupy.com](#), abgerufen am 08. 03. 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [EU-Transparenzregister Goldman Sachs](#), abgerufen am 31.03.2020
2. ↑ [Scholz überrascht mit Personalauswahl](#), tagesschau.de, abgerufen am 20.03.2018
3. ↑ ^{3,03,13,23,3} [Alexander und Angela](#), Werner Rügemer in [jungewelt.de](#) vom 26. April 2010, abgerufen am 21. Juli 2010
4. ↑ [Kanzlerin beruft Issings Expertengruppe](#) Spiegel.de vom 28. Oktober 2008, abgerufen am 14. Mai 2010
5. ↑ [Goldman Sachs' Verflechtung mit der Politik: Alles zum Wohl des Geldes](#), Der Spiegel, 13. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 14.07.2016

6. ↑ [Goldman Sachs hires former EU chief José Manuel Barroso](#) ft.com vom 08.07.16, abgerufen am 09.07.2016
7. ↑ [Ex-Kommissionspräsident Barroso erappt bei Lobbyarbeit für Goldman Sachs](#), lobbycontrol.de vom 20.02.2018, abgerufen am 21.03.2018
8. ↑ [Italien: Monti ist im Nebenjob Berater bei Goldman Sachs](#) deutsche-mittelstands-nachrichten.de vom 14.11.11, abgerufen am 16.11.2011
9. ↑ [Goldman Sachs' Revolving Door](#), CBSnews.com vom 7. April 2010, abgerufen am 18. Juli 2010
10. ↑ [Executive Profile Peter Dennis Sutherand](#), Website businessweek, abgerufen am 31. März 2013
11. ↑ [Die Situation ist ernst](#), faz.net vom 07.03.2018, abgerufen am 21.03.2018
12. ↑ [„Zoellick Wins German Support to Be World Bank Head“](#), Bloomberg.com vom 29. Mai 2007, abgerufen am 27. April 2010
13. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
14. ↑ [Goldman warns Europe on regulation](#), Financial Times.com vom 29. September 2010, abgerufen am 26.Oktober 2010
15. ↑ [Homepage der Europäischen Kommission](#), abgerufen am 26.Oktober 2010
16. ↑ [The People versus Goldman Sachs](#) , Corporate Europe Observatory vom 1.Juni 2010, abgerufen am 26.Oktober 2010
17. ↑ [Homepage der Worst EU Lobbying Awards 2010](#), abgerufen am 26. Oktober 2010
18. ↑ [Vorwürfe gegen US-Bank erhärtet](#), Kölner Stadt-Anzeiger vom 24. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
19. ↑ [Davis Square VI CDO Portfolio Pre-September 2008](#), Tavakoli structured Finance, INC, abgerufen am 27. Oktober 2010
20. ↑ [Goldman sieht für Klage der LBBW "keinerlei Grundlage"](#) Börsen-Zeitung vom 6. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
21. ↑ ^{21,021,1} [Goldman Sachs Sued Over German Bank's \\$37 Million Loss on CDO](#), Bloomberg.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
22. ↑ [Sachs Sued by German Bank Over Davis Square VI, an AIG CDO Bailed Out by Taxpayers \(Updated\)](#), Jenet Tavakoli in huffingtonpost.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
23. ↑ [Goldman Sachs Group Inc.-Overview](#), Nytimes.com vom 20. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
24. ↑ [Derivat „Abacus“: Goldman Sachs droht erneut Millionenstrafe](#), Handelsblatt vom 9. September 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010.
25. ↑ [Goldman Sachs Die gewonnene Wette des John Paulson](#), Die Zeit vom 17. April 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
26. ↑ [Banken: Brandstifter als Feuerwehr](#), Website Werner-Rügemer.de, abgerufen am 21. Juli 2010
27. ↑ [AIG shares bounce as CEO hopes to repay bailout funds](#), USAtoday.de vom 20. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
28. ↑ [\\$90B Of AIG's Federal Rescue Went To Banks](#), CBSNews.com vom 16. März 2009, abgerufen am 26. April 2010
29. ↑ [Paulson's Calls to Goldman Tested Ethics](#), Gretchen Morgenson and Don Van Natta Jr. in NYTimes.de vom 8. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
30. ↑ [Goldman reports \\$1.8 billion profit](#), CNN.com vom 14. April 2009, abgerufen am 27. 2010
31. ↑ [Paulson's \\$250 Billion Bank Buy](#), Jane Sasseen and Theo Francis in BusinessWeek.com vom 14. October 2008, abgerufen am 27. April 2010
32. ↑ [Blankfein's \\$70 Million Would Survive Paulson's Rules](#), Ian Katz and Rebecca Christie in Bloomberg.com vom 15. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
33. ↑ [Goldman Sachs repays about \\$10 bln in TARP funds](#), Marketwatch.com vom 17. Juni 2009, abgerufen 27. April 2010

34. ↑ [Agency's '04 Rule Let Banks Pile Up New Debt](#), Stephen Labaton in NYTimes.com vom 8. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
35. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow, NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
36. ↑ ['Flawed' SEC Program Failed to Rein in Investment Banks](#), Ben Protes in ProPublica.org vom 1. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
37. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow in NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
38. ↑ [Goldman Sachs to be regulated by Fed](#), reuters-Meldung vom 21. September 2008, abgerufen am 26. April 2010
39. ↑ [Bayer und Monsanto: Dutzende Banken teilen sich Finanzierung der Übernahme](#), Handelsblatt, 12. Oktober 2016, zuletzt aufgerufen am 19.10.2016
40. ↑ [Über Goldman Sachs in Deutschland](#), goldmansachs.com, abgerufen am 02.03.2020
41. ↑ [Profil](#), goldmansachs.com, abgerufen am 31.03.2020
42. ↑ [Julia Laroche: These 78 Goldman Sachs Employees are the happiest people on Wall Street right now](#), Business Insider UK online vom 12. November 2014, abgerufen am 03.12.2018
43. ↑ [Goldman Sachs Warten auf den goldenen Anruf](#), Handelsblatt online vom 12. November 2014, abgerufen am 07.03.2015
44. ↑ [Annual Report 2015 Directors, Advisors and Offices March 5, 2015](#), Webseite, abgerufen am 26.05.2016
45. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
46. ↑ [Presserklärung Goldman Sachs vom 10. Januar 2014](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
47. ↑ [Economic and Financial Affairs, Speakers, Guillermo de la Dehesa](#), Webseite EU-Kommission, abgerufen am 10. 04. 2015
48. ↑ [Trilateral Commission Leadership European Group](#), Webseite abgerufen am 13. 03. 2015
49. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015
50. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015
51. ↑ [Former World Bank president rejoins Goldman Sachs](#), Reuters vom 8. Oktober 2013, Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
52. ↑ [Münchau - Das Ende von Goldman Sachs](#), ftd.de vom 20. April 2010 - gespeichert in web.archive.org, abgerufen am 19. August 2015

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Unternehmerverbänden der Metall- und Elektroindustrie (**Gesamtmittel**) finanziert wird. Sie will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform GmbH
Tätigkeitsbereich Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum 2000

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist. Die INSM verfügte 2018 über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.^[1]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Hauptsitz Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse insm.de

Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	19
2 Ziele	19
3 Organisationsstruktur und Personal	20
3.1 Geschäftsführer	20
3.2 Beirat	20
3.3 Kuratorium	21
3.4 Botschafter	21
3.5 Wissenschaftliche Beratung	25
3.6 ÖkonomenBlog	25
3.7 Förderverein	25
4 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	26
4.1 Kampagnen	27
4.2 Studien	27
4.3 Reformbarometer/Rankings/Monitore	27
4.4 Veranstaltungen	28
4.5 Fernsehen und Hörfunk	28
4.6 Medienkooperationen	28
4.7 Unterrichtsmaterialien	28
4.8 Weitere mediale Mittel	28
5 Kritik an der INSM	29
5.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	29
5.2 Verhältnis zu den Medien	29
5.3 Eigene Außendarstellung der INSM	30
5.4 Schleichwerbung	30
5.5 Einschüchterung von Medien	30
5.6 Einwirkung auf Suchmaschinen	31
5.7 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	31
5.8 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	31
6 Zitate	31
7 Weiterführende Informationen	31
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	32
9 Einzelnachweise	32

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[2] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[3] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut. Diese hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[4] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV.

Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[5] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zu den Commarco Campus Communications. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirksamkeit über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[6]

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[7] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[8] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[9] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[10]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden

Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird schlecht geredet und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Der Grund liegt auf der Hand: Die gesetzlichen Versicherungen werden von den Arbeitgebern mitfinanziert, die privaten kapitalgedeckten Versicherungen bezahlen dagegen allein die Arbeitnehmer. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Hubertus Pellengahr (seit Januar 2010)
 - ehemaliger Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
 - Policy Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)
 - Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen der Wirtschaft, die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), die Friedrich-Schiller-Universität Jena, das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig und neoliberale Denkfabriken kooperieren

Ehemalige Geschäftsführer:^[11]

- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden^[12] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist [Rainer Dulger](#)
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Name

Wolfgang Clement

Vorsitzender des Kuratoriums 1. stellv. ehem. SPD-Politiker, Ex-NRW-Ministerpräsident, Ex-Bundeswirtschaftsminister, Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- und Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

Rainer Dulger

Vorsitzender des Kuratoriums Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Gesellschafter ProMint Dosiertechnik, Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: April 2017) Quelle: ^[13]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[14] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Naime

Hans-Wolfgang

Professor für Steuerrecht i.R. und ehem. Rektor der Universität Mannheim

Arnold

Roland

Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer und Mitglied des Kuratoriums des [Konvent für Deutschland](#),

berger

Christoph

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Allg. Betriebswirtschaftslehre, insbesondere innovatives Markenmanagement, der Uni Bremen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Keylens AG](#), Düsseldorf

Mann

Jürgen B.

Donat

Do

ehem. Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) und ehem. Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), ehem. Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

min

iqu Geschäftsführende Gesellschafterin der Unternehmensberatung [Döttling & Partner](#), Mitglied im [Mittels](#)
e [landsbeirat](#) beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Döt

tlin

g

Flor

ian

Ger

ster

Mic

hae

l

Hüt

her

Mar

tin

Kan Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser
neg GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

ieß

er

Ot

mar Präsident des [Center for Financial Studies](#), „International Advisor“ der Investmentbank [Goldman Sachs](#)
Issi , ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

ng

Os

wal

d

Met

zge

r

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband](#)
[Are](#) [der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen](#)
[nd](#) [Arbeitgeberverbände](#) (BDA), bis 2013 Präsident des [Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft](#),
[Oet](#) Vorsitzender des Stiftungsrats der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU,
[ker](#) unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher
Kernkraftwerke

Wal

ther

Otr

em

ba

Karl

-

Hei

nz

Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Kuratoriumsmitglied der [Frie](#)
[drich-Naumann-Stiftung](#) Mitglied des [Konvent für Deutschland](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#),

Paq ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

u
e

Ber

nd Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum](#)

Raff [Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrats der [ERGO](#) Versicherungsgruppe, Mitglied des

elh Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Vorstands der [Stiftung](#)

üsc [Marktwirtschaft](#)

hen

Arn

dt

Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company

Rau (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied

ten des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

ber

g

Ran

dolf Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war in

Rod leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem [INSM-](#)

ens Finanzier [Gesamtmetall](#) und der [INSM-Muttergesellschaft Institut der deutschen Wirtschaft\(IW\)](#) jeweils

toc als Vizepräsident, Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

k

Dag

mar Rektorin des Studienkollegs zu Berlin, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, ehem. Präsidentin des

Sch Landtages von Thüringen, Mitglied des Verwaltungsrates des [MDR](#), Mitglied des Kuratoriums [Gemeinn](#)

ipa [ützige Hertie-Stiftung](#)

nski

Nik

ola

us Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der](#)

Sch [CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana AG](#) sowie ehem. Vorsitzender der [Altana](#)

wei [Kulturstiftung](#) gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)

cka

rt

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB), Mitglied des

Star Kuratoriums der [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#)^[15]

k

Erw

in ehem. Präsident des VfB Stuttgart, ehem. Vorstand der Geschäftsführung von [IBM Deutschland](#), [SPD-](#)

Sta Kommunalpolitiker, ist Mitglied des Aufsichtsrats und Beirats diverser Unternehmen

udt

Tho

ma bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#) (HWWI), Mitglied des

s Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-](#)

Stra [Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Berlin Manhattan Institut](#), Mitglied des Kuratoriums der

ubh [HASPA Finanzholding](#)

aar

Ulri

ch Geschäftsführender Direktor des [Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung](#) und Direktor des [Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen](#) an der Uni Münster, Stellv. Bundesvorsitzender der Partei Sun Allianz für Fortschritt und Aufbruch (Alfa)

tum
(Stand: April 2017) Quelle: ^[16]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na

me

[Arnulf](#) Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist Mitglied des [Bari-Kuratoriums](#) der [Stiftung Friedrich August von Hayek](#) [Stiftung für eine freie](#) [ng-Gesellschaft](#)

Mar

ie-

[Luis](#) (siehe Förderverein)

e

Döt

t

[Johann](#) Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bis Ende am 3. März 2013

[Eckhoff](#) 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied [verstorben](#) der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Mic

hae

[Ilse](#) CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo

s

Pau

l

Kirc

hho

f

Ebe

[Eberhard](#) Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und von Aufsichtsratsvorsitzender von [ABB](#), 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der [Körber](#) Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler [Helmut Kohl](#)

[Eberhard](#) ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.

[Rolf](#) Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der](#)

[Peff](#) [gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des [Wissenschaftlicher](#)

[eko](#) [Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), des Wissenschaftlichen Beirats

[ven](#) der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und des Beirats der [D](#)

Z BANK AG

Christine Scheel	ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting)	trat im Dezember 2004 aus der INSM aus ^[18] , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen ^[19]
Lothar Späth	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merill Lynch , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG , beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. ^[20]	am 18. März 2016 verstorben
Edmund Stoiber	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank , Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung , der Friedrich August von Hayek Stiftung , der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. ^[21]	am 27. Dezember 2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das **Institut der deutschen Wirtschaft**, das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach ^[22] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autoren sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des **Institut der deutschen Wirtschaft**, Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler (Professoren und Mitarbeiter von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden. ^[23] Liquidator war **Oswald Metzger** (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- **Hans Tietmeyer** (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)

- **Florian Gerster** (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- **Johanna Hey**, Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[24]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[25], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- **Friedrich Merz**, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- **Carl-Ludwig Thiele**, Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der [Deutschen Bundesbank](#), Kuratoriumsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#), bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[26]

Weitere Mitglieder waren:

- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät [Hengeler Mueller](#), Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) und Gesellschafter der [FAZIT-STIFTUNG](#)
- **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende [Bund Katholischer Unternehmer](#), Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden [PR-Agenturen](#) eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[27]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerech durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Darüber hinaus wird die INSM regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. So veranstaltete sie in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[28] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[29]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder sogar als Überregulierung negativ bewertet.

[Städter](#) Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH](#) im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)
[Ranking](#)
[Bildung](#)

[smonito](#) In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der [r](#) INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet

Veranstaltungen

- [Wahlarena 2017](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [Hauptstadtforum](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)
- [INSM-Frühstücksdialog](#)
- [Dialogveranstaltung Marktwirtschaft und Klimaschutz](#)
- [Marktwirtschaftlicher Zukunftsdialog](#)
- [Rentenpolitischer Dialog](#)
- [INSM-Podiumsdiskussionen](#)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner sowie Experten für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung "Die Welt", die in Partnerschaft mit der INSM die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“ organisiert.^[30] [Wirtschaftspolitik verstehen](#) ist ein gemeinsames Videoformat von INSM und [ECONWATCH](#).

Unterrichtsmaterialien

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschülern, Realschülern, Gymnasiasten und Berufsschülern ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[31][32][33]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[34]

Weitere mediale Mittel

Des Weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazinen, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung geben die Steuerpläne der SPD zu machen.^[35] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele Normalbürger mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[36] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen.“ Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[37] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der

umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalisten die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggebern und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalisten und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13.

Oktober 2005^[38] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung Die Welt. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff Initiative ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei **Gesamtmetall**, die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[39] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[40] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[41]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalisten, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredakteure oder Intendanten einzuschüchtern.^[42] Kritische Journalisten würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisanten dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen. ^[43]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden. ^[44]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar ^[45]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin ^[46]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodell" ^[47].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können." Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[48]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM* Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg

- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.
- http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/PageGeschaeftsbericht-2013-2014_DE

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
2. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
3. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
4. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
5. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizon.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
6. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
7. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
8. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
9. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
10. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
11. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
12. ↑ Speth: Strategien, S. 30
13. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
14. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
15. ↑ [Wahlkampfhilfe für FDP Lindners neuen Club](#), Bild online vom 25. Januar 2016, abgerufen am 06.04.2016
16. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 15.04.2017
17. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011

18. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
19. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel](#) 4. September 2009, Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
20. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
21. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
22. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
23. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
24. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
25. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
26. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
27. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
28. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
29. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
30. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
31. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
32. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
33. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
34. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011
35. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
36. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
37. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
38. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft - Wie unabhängig sind Journalisten?](#), 2005-10-14 , zitiert nach [Fulda Wiki](#), abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist
39. ↑ [epd: Arzneiersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
40. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof - Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
41. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
42. ↑ [Die Medien einschüchtern](#), Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
43. ↑ [Kritiker unerwünscht](#), LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
44. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
45. ↑ [12 Fakten zur Klimapolitik INSM](#) am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
46. ↑ [Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019

47. ↑ [Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien](#) INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
48. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.